

Bericht*

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin, Ralph Lenkert,
Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/23933 –**

Ökostromausbau zukunftsfähig gestalten

* Die Beschlussempfehlung wurde auf Drucksache 19/25300 gesondert verteilt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/23933** wurde in der 189. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. als Antragstellerin fordert in ihrem Antrag eine Komplettumstellung der Stromerzeugung in Deutschland auf Ökostrom bis zum Jahre 2035. Das Gesamtausbauziel bis 2030 müsse auf einen Anteil von mindestens 80 Prozent erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch angehoben, die Ziele an installierter Anlagenleistung entsprechend angepasst werden. Die Ziele sollen in einem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 (EEG 2021) festgehalten werden. Gleichzeitig schlagen die Antragsteller vor, die EEG-Umlage auf dauerhaft zwei Cent pro Kilowattstunde abzusenken. Dies könne erreicht werden, indem ein Teil der Entgelt-Zahlungen an die Ökostrombetreiber nicht mehr aus dem EEG-Konto erfolgt, sondern aus dem Bundeshaushalt. Außerdem würden die „EEG-Industriprivilegien“ auf ein für die Wettbewerbsfähigkeit notwendiges Maß abgesenkt; auch sie würden aus dem Bundeshaushalt finanziert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/23933 in seiner 125. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23933 in seiner 110. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23933 in seiner 80. Sitzung am 18. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/23933 in seiner 90. Sitzung am 15. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Zu der öffentlichen Anhörung, die in der 93. Sitzung am 18. November 2020 stattfand, haben die Anhörungsteilnehmer schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Zusammenstellung auf Ausschussdrucksache 19(9)869 enthalten sind.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Ingbert Liebing, Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)

Peter Reitz, European Energy Exchange AG (EEX)

Sandra Rostek, Hauptstadtbüro Bioenergie

Thorsten Müller, Stiftung Umweltenergierecht

Carsten Körnig, Bundesverband Solarwirtschaft e. V. (BSW Solar)

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar)

Dr. Sebastian Bolay, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)

Dr. Patrick Graichen, Agora Energiewende

Kerstin Andreae, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)

Timm Fuchs, Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Protokoll sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/23933 in seiner 98. Sitzung am 15. Dezember 2020 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23933 zu empfehlen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

Dr. Julia Verlinden
Berichterstatteerin

